

**Antrag der Ratsgruppe LUKS  
im Rat  
der Stadt Krefeld**

**-öffentlich-**



**RATSGRUPPE – LUKS**

Rathaus Krefeld, Raum B 204  
Von-der-Leyen Platz 1  
47798 Krefeld  
Telefon: +49 2151 / 86-4740  
ratsgruppe-luks@krefeld.de

**Vorlagennummer**

**1271/26 A**

Krefeld, 07.07.2026

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Beschlussform</b>
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	08.07.2026	vorberatend
Rat	09.07.2026	beschließend

**Betreff**

**zu TOP 3 - Beratung über den Entwurf des Haushaltsplan 2026 - Einbringung eines Antrags der Ratsgruppe LUKS vom 07.07.2026**

**Beschlussentwurf**

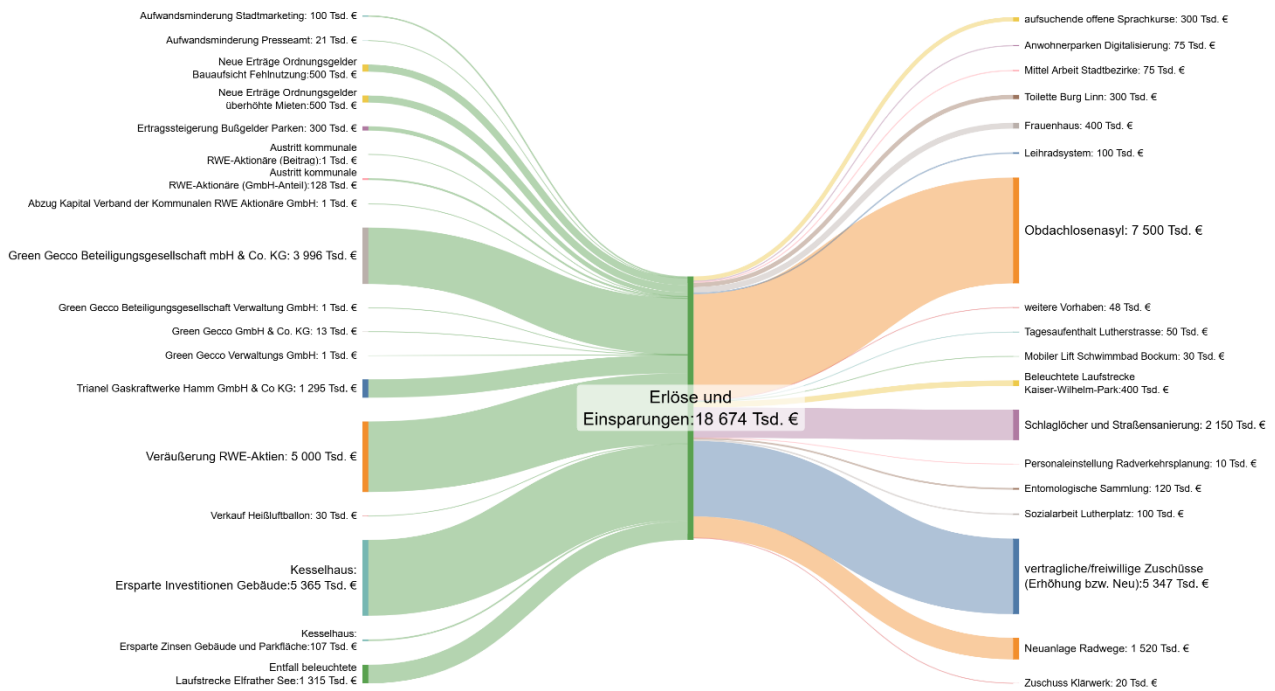
Der AFB empfiehlt, dem Rat die Beschlusspunkte 1.) bis 3.) zu beschließen, der Rat beschließt

1.) den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsentwurf 2026 mit Änderung durch den diesem Antrag angehangenen Haushaltsbegleitbeschluss und seinen Änderungsvermerken.

2.) Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine transparente, nachvollziehbare, vollständig digitalisierte, bearbeitbare und grafisch ergänzte Haushaltsdarstellung des Haushalts 2026 bis Ende 2026 nachzulegen.

3.) Diesem überarbeiteten Haushalt sind alle ausgebliebenen Beteiligungsberichte aller städtischen Beteiligungen hinzuzufügen sowie ein konsolidierter Gesamtabschluss, der die Beteiligungen und ihre Ergebnisse zusammenfasst.

## Begründung



## Haushaltstransparenz Krefeld

Der Krefelder Haushalt wurde durch die Verwaltung zu spät eingebracht - der Politik stehen hierdurch deutlich weniger Handlungsspielräume zur Verfügung. Bei vielen potenziellen Einsparmöglichkeiten ist unklar, ob die Zahlungen bereits getätigt wurden.

Der Krefelder Haushaltsentwurf verstößt gegen den Haushaltsgrundsatz der Klarheit.

Wenn es textliche Erläuterungen gibt, dann sind diese teils nicht mehr aktuell. So wird im Haushaltsentwurf angegeben, dass Mittel für ein Entsiegelungskonzept verwendet werden würden, über das die Verwaltung aktuell selbst sagt, sich seit geraumer Zeit trotz politischen Beschlusses dagegen entschieden zu haben.

Die Stadt zerfasert in zahlreichen Beteiligungen, deren Ergebnisse und Sinnhaftigkeit im Haushalt teils vollkommen unklar bleiben.

Die Stadt ist chronisch unterfinanziert von Land und Bund - auch die Ergebnisse der Ministerkonferenz bringen Krefeld und allen anderen Kommunen herzlich wenig hinsichtlich der Kostenberge, die in den letzten Jahren entstanden sind.

Aber: Warum fehlt schon hier jede Darstellung der Transfers von Land und Bund mit Gegenüberstellung der Saldos, also von uns übernommenen Kosten? So mangelt es an Klarheit gegenüber Politik, Bürger\*innen, aber auch an fundiertem Feedback an Land und Bund.

## Ist Krefeld vollkommen unverschuldet an der Haushaltslage?

Dass Land und Bund keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stellen und die Schuld nur auf andere schieben, reicht bei weitem nicht aus. Krefeld hat viele finanzielle Probleme hausgemacht und mittlerweile eine Art Tradition, Mittel und Personal in vermeintliche Prestigeobjekte zu verpulvern. Sei es das Glasdach an der Haltestelle Rheinstraße, der Surfpark oder ganz aktuell das Kesselhaus:

Solche Vorhaben verschlingen neunstellige Beträge im Haushalt und nutzen wenn überhaupt nur herzlich wenigen Krefelder\*innen.

Die Prioritäten sind schlicht falsch gesetzt. Dazu kommen zahlreiche Ausgliederungen und Beteiligungen, die sich offenkundig wenig rechnen.

### **Unser Ansatz**

Mit einem Haushaltsbegleitbeschluss können solche strukturellen Defizite nicht geflickt werden. Diesen Anspruch erheben wir nicht. Da müssen Bund, Land und auch Krefelder Kämmerei und Oberbürgermeister liefern.

Hierfür sehen wir eine Überprüfung der Ausgliederungen und Beteiligungen als zwingend notwendig, auch für die kommende Haushaltssicherung. Perspektivisch muss z.B. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf den Prüfstand sowie eine verstärkte Rekommunalisierung städtischer Ausgliederungen erfolgen.

Unser Änderungsantrag führt daher auch nicht zu einem veränderten Ergebnis, mit geringerem Verlustvortrag oder ähnlichem.

Aber wir haben den Anspruch, aufzuzeigen, dass die vorhandenen Mittel für die Stadtgesellschaft gerechter und gemeinwohlorientierter eingesetzt werden könnten.

### **Einsparungen und fossiles Divestment in Höhe von 18,5Mio. € im Jahr 2026 €**

Als zwingend notwendige(!) Einsparung sehen wir das Kesselhaus-Vorhaben an, das mit seinen 156 Mio. € Gesamtinvestitionskosten insbesondere in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Haushaltsloch führen würde, worunter alle gesellschaftlichen Bereiche leiden, wenn im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes Sparvorgaben eingehalten werden müssen. Ein Aufrechterhalten dieses Prestigeprojektes bei bereits vorhandenen Veranstaltungshallen (Yayla-Arena, Seidenweberhaus) ist unter derzeitigen Bedingungen unverantwortbar, geht an den Bedarfen unserer Stadt vorbei und birgt Risiken bei der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Dass eine Mehrheit dies bei schon absehbarer Haushaltsnot beschlossen hat, kommt der Stadt Krefeld nun teuer zu stehen und erfordert eine hohe Repressionsrücklage, die jedoch zu weniger städtischen Einsparungen als die Gesamtinvestition. Die Höhe der Strafzahlung muss am Ausgang eines gerichtlichen Verfahrens bemessen werden. Wir sehen daher eine Zahlung frühestens im Jahr 2027 als notwendig an. Die Finanzierung dieser kann dann erfolgen durch Einsparung der Beträge, die allein 2027 für das Kesselhaus anfallen würden (circa 49 Mio €). Durch die Kesselhauseinsparungen über die nächsten Jahre bleiben darüber hinaus Budgets für wirklich notwendige Investitionen in z.B. Kindergärten und Schwimmbäder erhalten.

Weitere große Einsparmöglichkeit (1,3Mio €) sehen wir darin, die beleuchtete Laufstrecke am Elfrather See nicht zu realisieren. Den aktuellen Bedarf schätzen wir als gering ein, die Investitionen auf dem Areal sind gegenüber anderen städtischen Flächen bereits hoch. Einige externe Sach- und Dienstleistungen des Stadtmarketings (z.B. Kampagne "#könnstegutwerden") und Presseamtes halten wir ebenso deplatziert wie den Zuschuss an die Krefelder Rennbahn.

Neben oben genannten Einsparungen fordern wir ein konsequentes Divestment, das mit Einsparungen/Erträgen einhergeht:

RWE ist einer der klimaschädlichsten Konzerne weltweit - eine staatliche Investition ist kontraproduktiv zu den eigenen Klimazielen und Herausforderungen, die beispielsweise Hitzewellen und Starkregen schon heute für Städte zur Folge haben. Wir erwarten, dass die Stadtwerke als 100%ige städtische Tochter ihre RWE-Aktien abgeben und ihre Gewinnausschüttung an die Stadt hierdurch um circa 5 Mio. € erhöhen. Gleichzeitig fordern wir die Stadt Krefeld auf, ihre Mitgliedschaft bei den kommunalen RWE-Aktionären zu beenden. Aus diesem Gremium sind weder Informationen bekannt, noch eine kritische Einflussnahme auf Entscheidungen durch den Oberbürgermeister. Zum fossilen Divestment mit Mehrerträgen gehört auch die Aufgabe der Beteiligungen an Green Gecco (4 Mio €) sowie dem Trianel Gaskraftwerk Hamm (1,3 Mio €).

### **Grundsteine für auf die Zukunft gerichtete Mehreinnahmen**

Die im Änderungsentwurf und Antrag zur Verwendung des Sondervermögens geplanten Investitionen sorgen nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig für Mehreinnahmen bei der Stadt.

Herauszuheben ist hier die 4,2 Millionen-Investition in Photovoltaik, die sich nach kürzester Zeit amortisiert und für die Stadt auszahlt: Durch Einsparung von deutlich höheren Strompreisen aus dem Netz sowie Erträgen aus der Einspeisung.

Personalstreichungen haben wir nicht vorgesehen, sehen es aber als notwendig an, dass vorhandenes Personal teils umgeschult und in anderen Bereichen eingesetzt wird. Hier sehen wir Potenzial bei der Personalstellenumschiebung von Stadtmarketing, Presse, KOD und Sportkursplanung hin zu Fördermittelakquise, Hallenbelegungsplanung, abendliche und nächtliche Kontrolle des ruhenden Verkehrs sowie zu Fachangestellten für Badeanstalten.

Die Bezirksregierung fordert ausdrücklich, Ertragspotenziale zum Gegenstand der Haushaltsberatungen zu machen. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere kostendeckendere Parkgebühren, eine angemessene Bepreisung des Bewohnerparkens sowie die konsequente Umsetzung des Parkraumkonzepts. Zusätzliche Einnahmen können helfen, Pflichtaufgaben zu sichern und gleichzeitig den knappen öffentlichen Raum effizienter zu nutzen. In diesem Sinne planen wir Kosten für die Implementierung einer IT-Struktur für Anwohnerparken ein, die sich bereits in kürzester Zeit auszahlen wird. Hierdurch werden während der Haushaltssicherung Mehreinnahmen generiert und der Parksuchdruckverkehr der Anwohnenden reduziert.

Eine andere Ordnungspolitik erwarten wir bei Parkverstößen, Mietpreisüberhöhung und nicht genehmigter Nutzungsänderungen von Wohnraum zu z.B. Monteurswohnungen.

Hier kalkulieren wir mit Mehreinnahmen durch verstärkte Ordnungsgelder. Gleichzeitig sorgt diese Ordnungspolitik für ein lebenswerteres Bild des öffentlichen Raums und als Korrektiv gegen die Mietpreisspirale. Letzteres ist eine absolut notwendige Mindestreaktion auf die stark steigenden Mietpreise in Krefeld (Platz 2 bei Anstieg bundesweit).

Auch Investitionen in Integration und zusätzliche Sprachkurse sehen wir als essenzielle Investition an, um die Gesellschaft zu stärken, aber auch die Stärken der Individuen für unsere Stadt zu gewinnen. Hierdurch profitiert die Stadt menschlich, gesellschaftlich, aber auch auf dem Arbeitsmarkt.

### **Schwerpunkt Förderung der Zivilgesellschaft und Gemeinschaft als Grundvoraussetzung einer lebendigen Stadt**

Die am meisten unterschätzten "Werte", sowohl gesellschaftlich als auch finanziell, unserer Stadt sind zahlreiche Projekte und Institutionen, die sich auf vielfältige Weise für die Stadt einsetzen, meist ehrenamtlich. Brechen dort Förderungen weg, ist oft das komplette Projekt gefährdet.

Gleichzeitig wird aus wenig Geld durch das Ehrenamt und Eigenleistung extrem viel Mehrwert für viele Bürger\*innen geschaffen.

Beispielhaft sei hier das Programm "Krefeld schwimmt" oder "Mobifant"/"Mobisatt" genannt.

Viele Zuschüsse an soziale und kulturelle Einrichtungen wurden über die Jahre jedoch komplett gestrichen oder seit Jahrzehnten nicht erhöht und sind vermutlich auch auf der Streichungsliste der Haushaltstragenden Koalition weit vorne.

Wir beantragen das exakte Gegenteil:

In Summe um 5,3 Mio. Euro möchten wir Zuschüsse an die Organisationen erhöhen.

Unterstützt werden soll damit unter anderem: Erhöhung der institutionellen Kulturförderung, Frauenberatung, Gewaltberatung, Schuldnerberatung, Suchthilfe, Arbeitslosenzentrum, offene Kinder- und Jugendarbeit, Verbraucherberatung.

Die Förderung der Stadtgesellschaft und Kultur ist in Zeiten zunehmender Krisen, Unsicherheiten, Aggression ein Rückgrat unserer Demokratie und des Zusammenhalts, für das wir vor Ort Verantwortung als Entscheidungsträger\*innen tragen.

### **Umwelt**

Ein zukunftsfähiger Haushalt muss Klimaschutz, Umweltschutz und Klimawandelanpassung berücksichtigen.

Den größten kommunalen Hebel - auf den Kommunalpolitik Einfluss nehmen kann - für mehr lokalen Klimaschutz sehen wir in der Verkehrswende, bei welcher Krefeld erhebliche Defizite aufweist. Hier gibt es trotz zeitnaher Einstellung noch erhebliche Personalmängel im Planungsbereich. Wir fordern eine weitere Planstelle sowie eine Versetzung vorhandenen Planungspersonals für den Radverkehr. Auf dieser Grundlage können noch 2026 Planungsgrundlagen für Radwege geschaffen werden, damit in den Jahren 2027ff die investiven Mittel für den Radverkehr erhöht werden können und Radwege-Neubauvorhaben umgesetzt werden.

Auch möchten wir die Förderprogramme für Lastenräder und klimafreundliches Wohnen erhalten, beziehungsweise erhöhen und um ein Förderprogramm für Tegelwippen/Entsiegelung ergänzen.

Durch Einsatz der Bürger\*innen und finanzielle Eigenanteile kommt auch hier ein erheblicher Mehrwert zustande, der bei städtischer Durchführung weit weniger kosteneffizient wäre. Die Stadt verzeichnet einen weiteren Verlust an Stadtbäumen - dies in einer Zeit in der Bäume für die Stadttemperatur in Hitzewellen und Stadtentwässerung bei Starkregen immer wichtiger werden. Wir möchten daher den Zuschuss an den KBK gezielt für Baumpflanzungen um 1 Mio. € erhöhen. Zahlengrundlagen für Einsparungen durch reduzierte Mahd wurden uns trotz Nachfrage bis dato nicht zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der Biodiversitätsbildung sehen wir es als bis heute nicht geleistete Selbstverständlichkeit an, dass die Stadt für die Pflege, den Erhalt, die Inventarisierung, die Lagerung und Präsentation ihres beweglichen Denkmals, die entomologische Sammlung, finanziell aufkommt. Im aktuellen Stand werden für diesen städtischen Besitz/städtisches Kulturgut lediglich Räume und eine geringe institutionelle Förderung bereitgestellt, die einhergehende Pflicht zur Denkmalpflege jedoch komplett von Ehrenamtlern erwartet. Hier sehen wir zwei städtische Planstellen lediglich als Start an.

Auch die ehrenamtlichen Wildtierhilfe und Maßnahmen des Naturschutzes wollen wir 8ber Zuschüsse fördern.

### **Investive Zusatzausgaben**

Neben den oben genannten Investitionen und im Sondervermögen-Antrag vorgesehenen Positionen sehen wir einen großen gesellschaftlichen Bedarf für folgende Bereiche:

-Schlagloch- und Straßenoberflächensanierung

(+2,1 Mio €), Neuanlage Radwege (+1,5 Mio € zuzüglich Sondervermögen) Obdachlosenasyll Feldstraße (+7,5 Mio), Kältebus (18 T€), Leihradsystem (100 T€ p.a.), Frauenhauserweiterung (400 T€), Toilette Burg Linn (300 T€), Regenbogenmarkierung (10 T€) sowie Sport im öffentlichen Raum (Calisthenics und Laufstrecke Kaiser-Wilhelm-Park, zus. 420 T€).

### **Kritik Haushaltstragende Koalition**

Wir kritisieren neben der späten Einbringung der Verwaltung auch das mauernde Verhalten der Haushaltstragenden Koalition, die jede Entscheidung verschoben hat und in den Haushaltsberatungen keine Positionierung gegenüber der Öffentlichkeit gezeigt hat. Ein Last-Minute-Antrag lässt keine Beteiligung der Öffentlichkeit mehr zu, die gerade bei der Finanzierung oder Streichung von Vorhaben mit das wichtigste Feedback ist, das die Politik einholen kann. Hiermit wird von der Koalition das Zeichen gesetzt, dass ein öffentliches Feedback von Medien, Organisationen und Ratskollegen vor Beschlussfassung zur eigenen Haushaltsfestlegung vor der Beschlussfassung unerwünscht ist.

Die Anträge von Grünen und Linken aus der Vorberatung, die wir unterstützen und nicht schon in unserer Planung vorgesehen waren, wurden in unseren Antrag eingearbeitet.

### **Selbstkritik:**

Unser Haushaltsantrag ist nicht perfekt und wird einer gerechten Stadtentwicklung noch lange nicht gerecht. Er schlägt lediglich eine ergebnisneutrale Veränderung vor, die einer Schönheitsreparatur gleicht, wenn große Positionen wie städtische Beteiligungen nicht verändert werden. Auch fehlerhafte Angaben, teils unplausible Annahmen und einzelne Risiken werden durch den Antrag nicht korrigiert.

Unsere Einflussmöglichkeiten sind limitiert durch die zu späte Haushaltseinbringung. Hierdurch bleibt mitunter unklar, welche der gelisteten Einsparmöglichkeiten überhaupt noch gegeben sind. Die Einflussmöglichkeiten werden weiter limitiert dadurch, dass die Koalition Mehreinnahmen aus der Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung ebenso abgelehnt hat wie ein Bürgerhaushaltsbudget oder einen Klimahaushalt. Diese Positionen haben wir, obwohl wir dahinter stehen, ebenfalls nicht vorgesehen.

Auch fehlt es an dringend notwendiger Weisungsbefugnis gegenüber den Stadtwerken. Die Veräußerung der RWE-Aktien hängt somit von den Entscheidungen der Aktiengesellschaft, nicht der des Rates ab. Ebenso fehlt es an Einflussnahme auf investive Entscheidungen der Töchter z.B. zum Carsharing-Ausbau oder Sozialwohnungsausbau.

Wir selbst hätten unseren Antrag gerne ebenfalls deutlich früher eingebracht und sind aufgrund begrenzter Ressourcen selbst ähnlich Last-Minute-antragend wie die Koalition.

Für Änderungen und Verbesserungsvorschläge sind wir bis zur Beschlussfassung offen.

Auch zeigt der Antrag ausschließlich die Mittelverwendung in 2026 auf. Sowohl das Jahr 2027 als auch weitere mittel- und langfristige Kalkulationen fehlen in der Darstellung, obwohl der Antrag gerade dann an zusätzlichen Einnahmen und Einsparungen gewinnt. Die Beschränkung auf 2026 erfolgte, da eine umfassende Bearbeitung im Rahmen der Haushaltssicherung ab 2027 angekündigt wurde.

Gemessen an der Dringlichkeit der Klimakrise und Biodiversitätskrise empfinden wir unsere selbst gesetzten Budgets als immer noch deutlich zu niedrig.

Krefeld kann kein gallisches Dorf sein im Kampf gegen die Unterfinanzierung der Kommunen. Aber die Stadt kann zeigen, dass sie die wenigen ihr zur freien Verfügung stehenden Finanzmittel gerechter für ihre Stadtgesellschaft einsetzen kann.

Um im Zitatestil des Kämmerers zu enden, zitieren wir Molière:

"Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun!"

Gezeichnet:

Björna Althoff, Ratsfrau

Marcus Lamprecht

Anlage : Negative Werte entsprechen zusätzlichen Aufwendungen, positive Werte Einsparungen

<b>Zusätzliche Erträge/ Gegenfinanzierung</b>	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen FB 5	100.000
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen FB 13	21.187
Ordnungsgelder Bauaufsicht nicht genehmigte Nutzungsänderung	500.000
Ordnungsgelder Mietpreisüberhöhung	500.000
Mehrertrag aus Bußgeldern Parkverstöße abends/nachts	300.000
Kesselhaus 2026	5.365.430,98
Kesselhaus Folgekosten für Zinsaufwendungen)	106.000,00
Kesselhaus Folgekosten Zinsaufwendungen Parkpalette	1.000,00
Beleuchtete Laufstrecke Elfrather See	1.314.939,59
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre-Austritt	1100
SWK-Gewinnausschüttung durch RWE-Aktien-Abgabe	5.000.000
Abzug Kapital Verband der Kommunalen RWE Aktionäre GmbH	536,86
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	3.996.646,00
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft Verwaltung GmbH	942,00
Green Gecco GmbH & Co. KG	13.203,00
Green Gecco Verwaltungs GmbH	379,50
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co KG	1.295.104,00
Veräußerung von Sachanlagen - Verkauf Heißluftballon Stadt	30.000
<b>Investive Zusatz-Ausgaben</b>	
Regenbogenbodenmarkierung	-10.000
Burg Linn Toilette	-300.000
Frauenhaus - Einrichtung im Bestand	-400.000
Kältebus (secondhand)	-18.000
Leihradsystem (konsumtiv)	-100.000
Calisthenics-Anlage	-20.000
Obdachlosenasyll Feldstraße	-7.500.000
Sachkostenerhöhung Tagesaufenthalt Lutherstraße	-50.000
Mobiler Lift Schwimmbad Bockum	-30.000
Sport- und Gesundheitskurse ab 2027 durch Stadtsportbund	-1
Aufsuchende, offene Sprachkurse	-300.000
Anwohnerparken-Einrichtungskosten IT-Software digitale Antragstellung und Schilder	-75.000
Beleuchtete Laufstrecke Kaiser Wilhelm Park	-400.000,00
Bezirksmittel für BV Süd, BV Ost, BV West, BV Nord	-40.000,00
Erhöhung Sachmittel Bezirksvertretungen um 7.000€	-35.000,00
Schlaglöcher und Straßensanierung	-2150000
Neuanlage Radwege	-1.520.000,00
<b>Personal</b>	
Radwegebau und Radverkehrskonzept (zusätzliche Stelle ab 1.11)	-10.000
FB Stadtplanung - 1 x Umschulung Radplanung	0
KOD - 12 x Umschulung Verkehrsüberwachung ruhender Verkehr	0
KOD - 4 x Umschulung Überwachung öffentlicher Toiletten	0
KOD - 4 x Umschulung Fachangestellte für Bäderbetriebe	0
Presse und Kommunikation - 3 x Umschulung Fördermittelaquise	0
Presse und Kommunikation - 1 x Fortbildung Umweltkommunikation	0
Stadtmarketing - 5 x Umschulung Fördermittelaquise	0
Sport- und Gesundheitskurse - 2x Umschulung Hallenbelegungsplanung; Fördermittelaquise	0
2 Planstellen Bewegliches Denkmal Entomologische Sammlung (konsumtiv)	-120.000
1,5 VZÄ Sozialarbeit und Streetwork Lutherplatz	-100.000

<b>Zuschüsse</b>	
Z Krefeld macht Sport	-350.000
Z Krefeld schwimmt	-100.000
Zuschuss Frauenberatungsstelle	-150.000
Zuschuss an Familienberatungsstellen (JGH und sexueller Missbrauch)	-620.000
Zuschuss an den SKF für Beratungsleistungen im Rahmen der häuslichen Gewalt	-12.000,00
Zuschuss an Krefelder Familienhilfe e.V.	-15.000,00
Z an den Sozialdienst katholischer Frauen Krefeld e.V. (SkF) - Betreuungsverein für die Durchführung von Brückenkursen	-400.000
Zuschuss an das Diakonische Werk u.a. für Schuldnerberatung	-357.190,00
Zuschuss für betreutes Wohnen für Nichtsesshafte	-3.000
Zuschuss für die Projektförderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	-24.000
Zuschuss für die Spielaktion Mobifant an die Region Krefeld im Bistum Aachen - Regionalstelle - Mobifant und Mobisatt	-85.000
Z an Familienbildungsstätten	-7.000
Zuschuss Kinder- und Jugendfreizeiten	-5.000
Zuschuss an Jugendeinrichtung am Wasserturm	-50.000
Zuschuss Ferienspielaktionen	-2.000
Zuschuss an SMLS	-50.000
Z an den Krefelder Rennclub 1997 e.V.	40.000
Zuschuss an die IG Krebsnachsorge Krefeld e.V.	-4.000
Zuschuss an den Caritasverband für Suchtkrankenhilfe	-240.000
Zuschuss an Heilpädagogisches Zentrum	-20.000,00
Zuschuss an das Arbeitslosenzentrum	-20.000,00
Zuschuss an den VdKKreisverband Krefeld	-2.000,00
Zuschuss an die Wirtschaftsfördergesellschaft (vertraglich!)	
Z an das Krefelder Freiwilligenzentrum	-119.000
Z an die Verbraucherberatungsstelle	-20.000
Z Förderung des Biotop- und Artenschutzes	-27.300
Z zu den Geschäftskosten der Umweltverbände und -vereine	-2.000
Z an Naturschutzverbände/ -vereine für Maßnahmen des Naturschutzes/ der Landschaftspflege	-25.000
Z ehrenamtliche Wildtierhilfe	-25.000
Förderung privat durchgeführter Entsiegelung von städtischen Flächen	-200000
Förderprogramm klimafreundliches Wohnen	-750000
Förderprogramm Lastenrad	-250000
Zuschuss KBK Baumneupflanzungen	-1.000.000
Förderung des besonderen Weihnachtsmarktes	-1.000
Zuschusserhöhung Institutionelle Förderung 2026	-340.580
Z Seenotrettung - Patenschaft eines Rettungsschiffes	-1.000
Zuschuss Krefeld macht Integration	-110.000
Zuschuss Klärwerk	-20.000